

Sozial-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

Im Falle monatlich zweimalige Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mk., durch die Post monatlich 2,25 Mk., vierteljährlich 24,75 Mk. einzeln. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlich, Zeitungsvorzeichnis unter Social-Zeitung eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Social-Zeitung gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1135, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Anzeigepreise:

Die 6 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 22 mm breite Millimeterzeile zu 50 Mark. Anzeigen nebenauf unsere Geschäftsstellen u. sämtlich Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntag und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Verwaltung: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Brauhäuser. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Vertriebs-Raum Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 336.

Halle, Donnerstag, den 21. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Ein anderer Wind.

Zum ersten Male seit einem Jahr sprach sich die französische Politik gegen die deutsche Politik des Verlangens nach weiterer Verschleppung der entscheidenden Konferenz und nach militärischer Verstärkung aus durch englische Gruppen ein energisches Nein entgegenstellen. Ein gewisses Jögern mit der Antwort erklärt sich vielfach durch Zufall oder durch die schwierige Drahtverbindung London-Genève. Denn daß das Foreign Office sich vor einem so wichtigen Schritt mit dem abwesenden Herrn und Meister in Verbindung setzte, ist wohl anzunehmen. Jedenfalls war es auffallend, daß der französische Botschafter in London erst nach einem dringenden Besuch in Downing Street machen mußte, um von Lord Curzon die bittere Bille entgegenzunehmen, daß die Regierung von Großbritannien für raschen Eintritt des Obersten Rates des deutschen Reichskongresses beschließt. Der Botschafter Dr. Wittich ist im Augenblick für die Alliierten durchaus sein Wortlich, weil doch nur eine weiter nach rechts gerichtete Orientierung folgen würde. Vielleicht ist die Drohung mit dem Eintritt nur ein Versuch gewesen, die Entscheidung über Oberösterreich zu beschleunigen, und das paßt eigentlich zu dem Willen Englands, ein möglichst baldiges Datum für den Zusammenritt des Obersten Rates festzusetzen. Damit war für den Fall der Drosselung alles gesagt. Ein Anfall Lord Georges jedoch diesmal ausgeschlossen. Die Pariser Presse hat den Botschafter rechtzeitig gewarnt und sich auf die neue Lage eingestellt. 24 Stunden vor Eintreffen der englischen Note mußte der „Matin“ zu verkünden, daß im Schoße der französischen Regierung Erwägungen im Gange seien, ob nicht die Konferenz des Obersten Rates doch schon etwas früher als im Laufe des Septembers zusammenzutreten ließe. Vielleicht Mitte August. Und da Lord George bis dahin wohl noch Erholung brauche, könnte er um Urlaub in ein irgendeinem Orte Savoyens, an der italienischen Grenze sich mit Briand und dem Vertreter Italiens treffen. Dieser praktische Vorschlag wurde von anderen französischen Blättern sofort aufgegriffen. Man merkt ihnen förmlich die Erleichterung an, schwieriger Erklärungen über die diplomatische Schlappheit Frankreichs entzogen zu sein. Auch dem „Temps“ wird es leichter ums Herz. Ganz fälschlich drohte er noch mit „anderen Mitteln“, die Frankreich habe, um sich vernehmlich zu machen. Jetzt will er die Tatsache „ohne Hintergedanken und ohne Parteinahme“ betrachten. Der Friede im Osten blicke nun dann geistlich, wenn Frankreich und England zusammenhalten. Das Problem der Sanktionen müßte bei der oberösterreichischen Frage ausgeschaltet werden. Aber die Entscheidung dränge. Da die Entscheidung zu neuen Unruhen in Oberösterreich führen könne, seien eben militärische Verstärkungen nötig. Man sieht, es weht in Paris ein anderer Wind, wie noch vor drei Tagen, da die stolze Note Briands hinausgelegt. Und Herr Korjantz, der Heißblut gegen die Interalliierte Kommission, der Amnestierte, der von Briand Eingeladene ist nun gerade in den schlechtesten Wind hineingekommen. Die Heutungen empfangen ihn nicht mit wehenden Palmenzweigen. Der „Temps“ meldete sein Eintreffen an wenig auffallender Stelle. Und nun ist er, dieser gesunde, unverwundliche Jungerling, plötzlich nach Ausgabe der Blätter so krank geworden, weswegen er nach Paris gekommen sei. Korjantz, klug und glatt wie immer, hüft sich durch diese unheimliche Krankmeldung dadurch, daß er erklärt, auch er sei für schnelle Entscheidung, denn sonst komme der Zustand. Gemeint ist natürlich die vierte politische Aufsicht. Korjantz hat ja selbst schon am Bahnhof bei seiner Ankunft dem Vertreter der Agentur Radio mitgeteilt, um General Voeger drohe keine Gefahr mehr. Die Drohung mit dem politischen Aufwand ist natürlich an den Obersten Rat gerichtet: Willst Du nicht willig, das Zuständigkeitsgebiet zu zerbrechen, dann brauchen wir Polen Gewalt! — Ein Fuchswort bleibt eben ein Fuchswort, auch wenn er kampfgeschrieben wird.

Oberösterreich.

Wie mehrere Blätter hören, war die deutsche Antwortnote an Frankreich über Oberösterreich einen Gegenstand von Beratungen im Reichskabinett. Die Note dürfte, wenn irgend möglich, heute dem französischen Botschafter übergeben werden, so daß dann morgen ihre Veröffentlichung erfolgen könnte. Blättermeldungen aus Oberösterreich zufolge gehen die französischen Truppen in Ausführung der Verfügung der

Interalliierten Kommission über die Heimkehr der polnischen Terror stehenden bolschewistischen Landgebiets in die Städte geklüfteten Deutschen vor. In Gleiwitz wurden ganze Straßenzüge abgeplündert und sämtliche Häuser durchsucht. 64 Personen, die noch nicht in ihre Dörfer zurückgeführt waren, wurden verhaftet. Ein deutscher Flüchtling, der gewonnen worden war, in seinen Heimatort Gdubul im Kreise Kibinitz zurückzuführen, wurde dort von den Polen erschossen.

Wie die Blätter aus Brest melden, wurden dort die ersten Gefangenen freigelassen, die nach der Entscheidung des französischen Majors Kommandeure von den Franzosen festgehalten waren. Die Freigelassenen gaben fürdare Schilderungen über die Behandlung durch die Franzosen während ihrer 15-tägigen Gefangenschaft. In acht Gefangenen hatten eine Prüdel als Schlagbelegenheit. Brutale Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Vor der Abführung ließ man die zum Teil Schwerverwundeten durch eine Kompanie französischer Soldaten Speikruten laufen. Einer der Mißhandelten, ein Schlosser aus Richtigbüttel, hatte drei Bajonettschläge und Kolbenhiebe auf den Kopf erhalten. Die Freilassung erfolgte, da sich die völlige Schuldlosigkeit der Gefangenen herausgestellt hatte.

Die Boulogne-Konferenz.

Kurzer berichtet, daß gestern von Sir Harold Stuart Telegramme eingegangen seien, in denen festgestellt wird, daß die allgemeine Meinung der Alliierten dahingehet, daß jeder weitere Aufschub der Verhandlung in Oberösterreich eine sehr gefährliche Lage schaffen werde. Die Kommissare drängen auf baldige Entscheidung und regen eine sofortige Teilung zwischen Deutschland und Polen an, sowie die Besetzung der beiden Gebiete durch polnische und deutsche reguläre Truppen. Die Kommissare seien überzeugt, daß, wenn einmal eine endgültige Entscheidung erreicht sei, das Volk sich beruhigen wird. Lord Curzon läßt einen sehr scharfen Druck auf den französischen Botschafter aus. Es sei unmöglich, die gegenwärtige Verzögerung weiter fortzusetzen. Es habe immer geheißt, daß Frankreich nach dem 15. Juli für die Teilnahme am Kongress frei sein werde. Es werde nunmehr vorgeschlagen, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates am oder vor dem 28. Juli in Boulogne stattfinden. Der gegenwärtige Augenblick sei günstig, da die oberösterreichische Bevölkerung mit dem Einbringen der Ernte und das Land vollkommen ruhig sei.

„Temps“, der in seinem getrigen Beitrage Frankreich gegen den Vorwurf verwahrt, als wolle es systematisch den Zusammenritt des Obersten Rates verzögern, während der Friede Europas vielleicht in Gefahr käme, wenn das oberösterreichische Problem nicht baldigst gelöst werde, sagt, der Vertrag von Versailles setze fest, daß die zukünftige Grenze Oberösterreichs durch die alliierten und assoziierten Großmächte festgelegt werden müsse. Es sei also unbestreitbar, daß die Vereinigten Staaten an der Entscheidung teilnehmen müßten.

Die gerechten Leipziger Urteile.

Der konserative „Standard“ weist auf die Unzweifelbarkeit der rechtsstehenden deutschen Presse mit den Leipziger Urteilen hin und zieht daraus den Schluß, daß England mit dem Resultat zufriedener sein könne. Das Blatt meint, daß die Urteile als solche eine historische Bedeutung hätten. Es geht dann auf die belgisch-französische Forderung ein, die Verhandlungen vor einem alliierten Gerichtshof fortzusetzen und klug, offenbar auf Grund guter Informationen, daß die kritischen Vertreter mit dem Gang der Verhandlungen zufriedener seien und die Ansicht vertreten, daß in den auf Verlangen Englands verhandelten Fällen der Gerichtsbarkeit Genüge geschehen sei. Die englische Regierung werde sich Strands Forderung, die Leipziger Verhandlungen nicht anzuerkennen, nicht anschließen.

Die Sachleistungen für Frankreichs Wiederaufbau.

Die „Woll. Zig.“ veröffentlicht einen Auszug aus der Verordnung über Sachleistungen für den Wiederaufbau. Die Verordnung geht von der Grundbestimmung aus, daß die für den Wiederaufbau erforderlichen Warenlieferungen nach Möglichkeit auf dem Wege freier Vereinbarung aufzubringen sind und nur soweit bei Auftragsverhandlungen oder den Anhabern der einzelnen Betriebe angefordert werden. Leistungsverbände sind in erster Linie die Länder. Daneben können aber auch landwirtschaftliche, gewerbliche und kaufmännische Verbände mit Genehmigung des Reichsministeriums für Wiederaufbau Leistungsverbände bilden. Die Anforderung der Sachleistungen erfolgt durch die Anforderungskommissionen.

Französisches Reinigungsbedürfnis.

Der Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee, General Douguette hat die von Frankreich nach den Rheinlanden eingelebten spanische Militärmannschaften in einem Festmahl aufgefordert, die deutschen Lügen über die Grausamkeiten der Franzosen und über die Verwendung farbiger Truppen im besetzten Gebiet nach ihrer Rückkehr in Spanien zu widerlegen. Dabei hat er betont, daß die Spanier ja aus ihren Kämpfen in Marokko wüßten, was es heißt, als Soldat dauernd einer widerpenigen Bevölkerung gegenüberzutreten. Diese Gleichstellung der deutschen Bevölkerung in den Rheinlanden mit den „widerpenigen“ Marokkanern ist ein frechlicher Verleumdung, der zweifelloch von unseren heimischen Volksgenossen richtig eingeschätzt werden wird. Die Spanier werden sich aber gewiß durch den Augenblick überzeugen, wie gerechtfertigt die deutschen Klagen über die Rücksichtslosigkeit der französischen Besatzung und die schwarze Schmach im Rheinland sind.

Aus dem Freistaat Danzig.

Beim Danziger Senat ist auf eine Anfrage wegen des Inkrafttretens der Verfassung und der Bestellung der hauptamtlichen Senatoren die Antwort durch den Oberkommissar des Völkerverbundes eingegangen dahin, daß erriens die Verfassung provisorisch in Kraft ist und zweitens die hauptamtlichen Senatoren, die durch den ersten Volkstag gewählt sind, berechtigt sind, ihr Amt zu führen bis ein Jahr nach Beginn der Wahlperiode des neugewählten Volkstages.

Unruhen in Nordpommern.

Nachdem bereits vor einiger Zeit in Polen, Bromberg und den anderen Städten der ehemals preussischen Teilgebiete Lebensmittelmangel ausgebrochen waren, werden jetzt auch aus Nordpommern Nachrichten von Unruhen und Generalkonferenz gemeldet. Die polnische Genur unterdrückt mit allen Mitteln Nachrichten über diese Ereignisse, und es wird auch jetzt einiger Zeit die Ereignisse aus Pommern nach Danzig in kürzester Weise unterbrochen, weil jedoch die Entfernung von den Auslastungsgebieten nach Danzig nur gering ist, finden die Nachrichten dennoch durch. Der Grund der Unruhen ist in der ruinösen Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung zu suchen. Seit Aufnahme der Zwangswirtschaft sind die Preise ungeheuer in die Höhe geschossen und so jetzt man in Neustadt seit dem 15. Juli fast 34 Mark jetzt 90 Mark für ein Pfund Brot. Die Preise für alle anderen Lebensmittel halten mit diesem enormen Preis gleichen Schritt. Es ist deshalb ganz natürlich, daß die notleidende Bevölkerung zu offener Empörung getrieben wird. Am vergangenen Sonnabend haben die Generalkonferenzen in Nordpommern den Generalstreik erklärt. Es kam vor dem Reichsminister Rathhaus und vor der Staatsrat zu Zusammenkünften zwischen demontierenden Arbeitern und der Polizei. In Neustadt, Busig und Gebin gen sind alle Geschäfte geschlossen. Die Städte liegen ohne jeglichen Verkehr wie erloschen da. Die Eisenbahnarbeiter in dem staatlischen polnischen Hafen Busig, sowie die Bahnarbeiter, die die neue polnische Eisenbahnlinie von Busig nach Raribus unter Umgehung des Freistaates fertigen stellen sollen, haben sich dem Streik angeschlossen und die Arbeit niedergelegt. Auch die Eisenbahnarbeiter drohen mit Streik und man erwartet in Danzig für die nächsten Tage die Einstellung des gesamten pommernellischen Eisenbahnverkehrs. Wie sich dann der deutsch-polnische Verkehr durch den Korridor abwenden wird, ist noch unklar. Aus Bromberg und Thorn werden gleichfalls wieder neue Unruhen und Demonstrationen gemeldet. In der Thorne Gegend ist ein großer Arbeiterstreik ausgebrochen. Die gesamte bevorstehende Ernte wird aufs schwerste gefährdet.

Inkrafttreten des Trianonvertrages.

Die Botschafterkonferenz, der zum erstenmal der amerikanische Botschafter in Paris Herrnd bewohnt, beschloß, als Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages von Trianon einen Tag der nächsten Woche zu bestimmen.

In praktischer Beziehung kommt dem Frieden von Trianon doppelte Bedeutung zu. Einmal, weil nunmehr die Liebergabe des Oesterreich zugesprochenen Gebietes von Ungarn in kürzester Zeit erfolgen muß, wobei der Postungsbau gegeben werden darf, daß sich hierin die ohne Verbindungen politische. Und zweitens wird nun die Entente-Kommission ihre Tätigkeit beginnen, die die Abrüstung Ungarns zu übernehmen hat, worauf bekanntlich die anderen Alliierten schon lange drängen.

Errichtung von Unterkünten für die Besatzung.

Auf Einladung mehrerer Großstädte des besetzten Gebietes traf gestern Reichsstadtmittler Bauer in Köln ein, um mit den beteiligten Persönlichkeiten dieser Städte die Errichtung von Unterkünten für die Besatzung zu besprechen. Die Verhandlungen erstrecken sich vor allem auf die Frage der Errichtung von Unterkünten für die Besatzung, insbesondere für die Familien der Offiziere, Beamten und Unteroffiziere. An den Beratungen nahm auch der Staatssekretär für die besetzten Gebiete Buzger teil.

